

## Medienmitteilung

<b>Thema</b>	<b>Unternehmenssteuerreform III</b>
Für Rückfragen	Georg Aemissegger, 079 300 46 40 oder 044 350 46 40
Absender	Grünliberale Partei Solothurn, Postfach 353, 4501 Solothurn eMail <a href="mailto:so@grunliberale.ch">so@grunliberale.ch</a> , <a href="http://www.so.grunliberale.ch">www.so.grunliberale.ch</a>
Datum	06.11.16

### **Die Grünliberalen unterstützen die mutige Vorwärtsstrategie der Regierung, wehren sich aber gegen eine Erhöhung der Steuersätze der natürlichen Personen und Abstriche in der Bildung.**

Die Grünliberalen unterstützen die sehr mutige Vorwärtsstrategie der Regierung. Tiefere Gewinnsteuersätze werden nur die Kantone Luzern, Zug und Nidwalden haben. Das heisst, die Standortattraktivität für den Kanton Solothurn nimmt zu. Gemäss Regierung sollen die Unternehmen die Kosten für Forschung und Entwicklung zu einem erhöhten Wert abziehen können. Dies begünstigt den Verbleib und die Neuansiedlung von innovativen Betrieben, was die Grünliberalen begrüssen. Als erfreuliches Signal erachten die Grünliberalen die Zusicherung der Wirtschaft sich an den Steuerausfällen mit mindestens 20 Millionen zu beteiligen. Sollte die Strategie der Regierung in ein paar Jahren keine Früchte tragen, erachten es die Grünliberalen als Pflicht, den Gewinnsteuersatz zu überprüfen und allenfalls zu erhöhen. Die Steuersätze sind sicher ein Teil der Standortwahl für ein Unternehmen, aber nicht alleine ausschlaggebend. Für Kanton und Gemeinden bleiben jährlich 130 Millionen zu tragen. Die Steuerausfälle dürfen nicht mit Erhöhungen der Steuersätze von natürlichen Personen kompensiert werden, denn auch diese könnten abwandern. Es darf ebenfalls nicht sein, dass diese Strategie Abstriche in der Bildung zur Folge hat. Die Regierung ist gefordert, entsprechende Massnahmen einzuleiten.